

Die Diskussion ist in regulärem Stil geschrieben, *Ergänzungen kursiv.*

Präsentation: Infrastrukturnutzung wohnungsloser Menschen in Berlin

Forschungsprojekt über Infrastrukturnutzung (Wasser, Energie, Mobilität, Kommunikation) wohnungsloser Menschen in Berlin: Aspekte eingeschränkte Infrastrukturnutzung, Strategien, Folgen

Austausch in der Gruppe

Strategien, um Infrastrukturen zu nutzen

- Ein Teilnehmer ergänzt, dass es in Berlin inzwischen kostenlose öffentliche Toiletten gebe, andere sind nur noch per EC-Karte zugänglich. *Seit Anfang März sind es 100 kostenlose WCs, laut Pressemitteilung von SenUMVK sollen mittelfristig alle senatsfinanzierten Toiletten kostenlos werden:*
<https://www.berlin.de/sen/uvk/presse/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung.1301647.php>
 - In der Berliner U-Bahn gebe es kostenfreies WLAN
 - Es gibt eine kurze Diskussion darüber, ob man auch ohne SIM-Karte Notrufe absetzen kann. Laut einer Gesetzesänderung von 2009, ist es nicht mehr möglich, das bestätigen auch einige Teilnehmer*innen. <https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2008/0901-1000/967-08.pdf?blob=publicationFile&v=1>
 - Foodsharing nutzen, dafür muss man aber gut organisiert sein – Quiz am Anfang bestehen, wöchentlich abholen, alles mitnehmen: Menge kann Hürde sein. <https://foodsharing.de/>
- ➔ Wer sich gut organisieren kann, bekommt meistens Zugang!
- ➔ Was ist mit Menschen, die sich aus verschiedenen Gründen nicht so gut organisieren können/die Sprachbarrieren haben, etc.?

Angebote sozialer Einrichtungen

- Eine Person spricht an, dass man früher zum Teil auch für die Infrastrukturnutzung (Duschen, Handy laden) in sozialen Einrichtungen bezahlen musste. Das empfindet die Person als ungerecht und überteuert (ca. 1 € für wenige Cent Stromkosten)
- Eine Teilnehmerin nennt einige Angebote, die sich an Frauen* richten. Zum Teil gibt es hier in Berlin mehr/‘bessere’ Angebote, z.B. Möglichkeiten in Notunterkünften Wäsche zu waschen

Geheime Lösungen

- Mehrere Teilnehmende berichten, dass ‚gute Adressen‘ oder auch Platten geheim bleiben müssten
- Es besteht die Gefahr, dass sonst zu viele Leute Möglichkeiten nutzen, dass Leute sich ‚daneben benehmen‘ und man damit von Platten etc. rausgeworfen wird

- Gute Lösungen erfährt man häufig über ‚Mundpropaganda‘, z.B. von Angestellten in Läden, die auch anbieten, dass man aushelfen könne und im Gegenzug etwas bekomme, oder z.B. von Leuten im Park
- Es stellt sich die Frage, ob es gut ist, Sachen geheim zu halten, oder ob man sich dafür einsetzen sollte, dass es genug für alle gibt – realistisch?



Ehrenamt und Selbstorganisation

- Tafeln und soziale Organisationen bieten Unterstützung, aufgebaut auf ehrenamtlicher Hilfe
- Aber auch: Bringen armutsbetroffene Menschen in passive Rolle, haben etwas ‚vereinzeldes‘, gute Angebote werden geheim gehalten (s.o.)
- Für die Nutzung von Tafeln benötigt man einen Berechtigungsschein, meistens gebunden an einen Leistungsbescheid – Hürde; häufig große Mengen, mit denen z.B. Menschen auf der Straße gar nichts anfangen können (kaum Lagermöglichkeiten)
<https://www.tafel.de/service/faqs>
- Einige Angebote, die an Leistungsbescheid gebunden sind – für Leistungsbezieher manchmal gut, dass Personenkreis eingeschränkt, aber auch ausschließend
- Ist Selbstorganisation, z.B. Küche für Alle (KüfA) eine Alternative (zu passiven, vereinzelden, ausschließenden Angeboten)? Für wen funktioniert’s? Bietet auch Möglichkeiten zur politischen Organisation.



Gesetze und Rechtsstaat

Fahren ohne Fahrschein

- Die Diskussion beginnt mit dem Beispiel der Gefängnisstrafe für das Fahren ohne Fahrschein
- Wenn Menschen beim Fahren ohne Fahrschein erwischt werden, müssen sie ein erhöhtes Beförderungsentgelt zahlen (wenn Kontrolleur*innen sie nicht gehen lassen). Wenn sie diesen Betrag nicht zahlen können, werden sie häufig zu einer Geldstrafe verurteilt (laut §265a StGB, „Erschleichen von Leistungen“). Wenn sie diese nicht zahlen können, müssen sie die Strafe absitzen, als „Ersatzfreiheitsstrafe“.
- Ein Teilnehmer meint, dass die meisten Kontrolleur*innen gar keine Strafen ausstellen, wenn Personen mittellos seien, manchmal allerdings schon.
- Einige soziale Organisationen stellen Mittellosigkeitsbescheinigungen aus, die von einigen Kontrolleur*innen als Ersatz für eine Fahrkarte akzeptiert werden, das sei allerdings nicht rechtlich bindend, z.T. gebe es auch Fahrkarten bei den Organisationen, wenn man sie dringend brauche.
- Einige bezweifeln, dass Haftstrafen nur für das Fahren ohne Fahrschein ausgesprochen werden – Zusammenzug mit anderen Strafen? *Hier ein Beispiel vom „Freiheitsfonds“, der Menschen freikaufte, die wegen Fahren ohne Fahrschein in Haft kommen – der Betroffene musste nur wegen Erschleichen von Leistungen in fünf Fällen für ein Jahr ins Gefängnis:*
<https://twitter.com/freiheitsfonds/status/1635616084341432320>
Infos auch bei „Frag den Staat“ (<https://fragenstaat.de/blog/2021/12/03/fahren-ohne-fahrschein/>)
- Es wird diskutiert, ob es verhältnismäßig sei, wegen Fahren ohne Ticket ins Gefängnis zu müssen.
- Ein Teilnehmer fragt, was die Strafe denn eigentlich bringe – die Gefängnisstrafe verschlechtere häufig die Situation der Menschen und sei sehr teuer für den Staat.
- Auch abseits vom Fahren ohne Fahrschein seien viele der Straftaten Armutsdelikte wie Diebstahl. *Das zeigt auch eine Analyse des kriminologischen Dienstes NRW von 2018:*

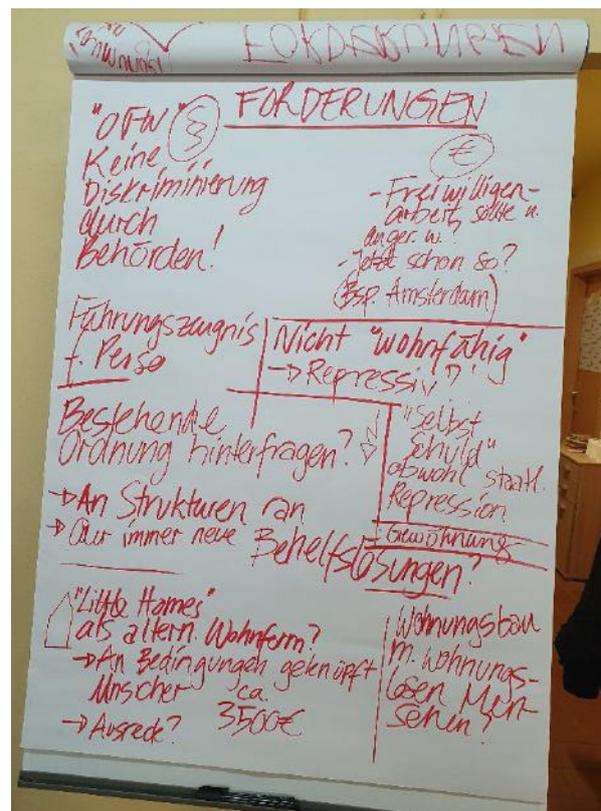
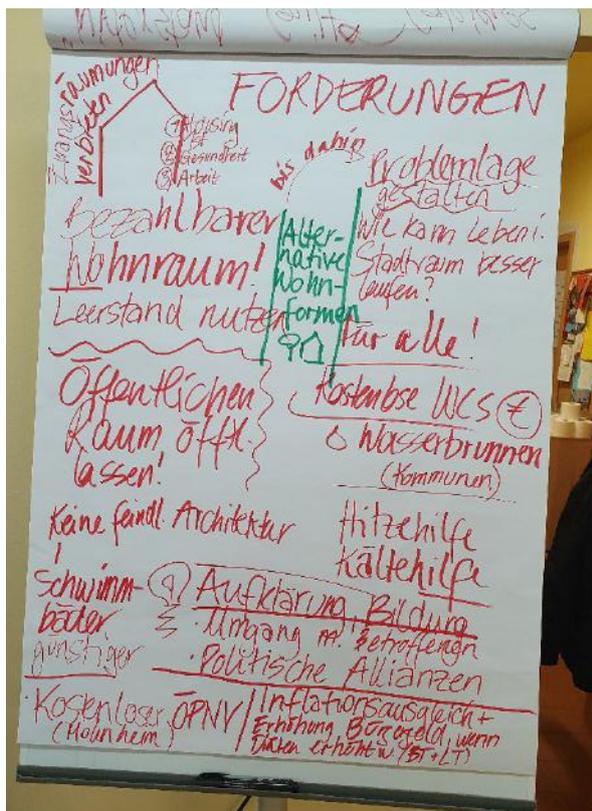
<https://fragenstaat.de/dokumente/142091-evaluation-ersatzfreiheitsstrafe-nrw/#%5B%7B%22num%22%3A35%2C%22gen%22%3A0%7D%2C%7B%22name%22%3A%22XYZ%22%7D%2C68%2C600%2C0%5D>, S. 11

- Ein Teilnehmer merkt an: Bei der Bestrafung geht es nicht nur um die Bestraften, auch dem Rest der Gesellschaft soll gezeigt werden, dass sie sich an Regeln halten sollen – „alle sollen bezahlen“.

Gleiches Recht für Alle?

- Ein Teilnehmer meint, es müsse gleiches Recht für alle gelten, man könne nicht von den Reichen fordern, dass sie sich an Gesetze halten und sich selbst nicht daran halten; allerdings würden ärmere und reichere Menschen vom Staat im Moment auch nicht gleich behandelt.
- Hier werden einige Beispiele genannt, wo Behörden, wie das Ordnungsamt oder die Polizei armutsbetroffene oder wohnungslose Personen erniedrigt hätten, ihnen nicht geglaubt hätten, oder wo Personen nach Gewalt durch die Polizei selbst Anzeigen erhalten hätten („Widerstand gegen die Staatsgewalt“).
- Ein Teilnehmer sagt: „Ich fordere Schutz vor jeglicher Gewalt!“ Im Moment wird das, z.B. von der Polizei, nicht immer eingelöst.

Lösungen und Forderungen - für bessere Infrastrukturnutzung und darüber hinaus



🏠 Wohnen

Zugang zum Wohnen

- Als Kernforderung werden Wohnungen genannt. Diese müssen bezahlbar sein.

- Einige sind enttäuscht, dass die Ankündigungen der aktuellen Bundesregierung, Sozialwohnungen zu bauen, nicht eingehalten worden sind.
- Neben dem Bauen könnten auch leerstehende Wohnhäuser (*auch Büros, etc.?*) genutzt werden, um bislang wohnungslose Menschen unterzubringen.
- Ein Teilnehmer fordert Wohnen, Gesundheit und Arbeit als Prioritätenliste um wohnungslose Menschen zu unterstützen.
- Damit es gar nicht zur Wohnungslosigkeit kommt, muss Wohnungsverlust verhindert werden. Eine Teilnehmerin fordert, Zwangsräumungen zu verbieten.
- Ein Teilnehmer hat Bedenken, dass einige der Vorschläge sich mit der bestehenden Rechtsordnung nicht vereinbaren lassen. *Offene Frage: Gibt es aktuell rechtliche Möglichkeiten? Rechtsordnung hinterfragen?*

Alternative Wohnformen

- Für Menschen, die aus verschiedenen Gründen nicht in einer regulären Wohnung wohnen möchten, sollte es alternative Wohnformen geben. Als Beispiele werden Wohnen im Kleingarten, auf Grundstück aber ohne Haus, genannt. Manches davon könne eine Übergangslösungen sein, aber auch eine langfristige Lösungen für Menschen, die so leben möchten.
- „Little Homes“ werden als Zwischenlösung oder Alternative kritisch gesehen. Der Verein, der diese anbiete, agiere paternalistisch, Wohnen dort sei an Bedingungen geknüpft (Wohnungssuche, Arbeitssuche) – das erzeuge neue Unsicherheit. Der Bau sei außerdem relativ teuer. Tiny Houses nicht an sich schlecht, aber wenn dann müsste das Wohnen dort selbstbestimmt sein. Das Aufstellen von Tiny Houses darf keine Ausrede dafür sein, dass man politisch beim Kampf gegen Wohnungslosigkeit sonst nicht voran kommt.
- Ist Selbstbau unter Einbeziehung wohnungsloser Menschen eine Lösung? Einige sind Maurer, Fliesenleger, etc. Es gibt Beispiele für solche Projekte, allerdings kaum umgesetzt.

Nicht wohnfähig?

- Das Label „nicht wohnfähig“, was in aktueller Wohnungslosenhilfe gebraucht wird, wird als stigmatisierend und ausgrenzend kritisiert.
- Gleichzeitig gebe es Menschen, die sich an das Leben auf der Straße gewöhnt hätten (auch durch Ausschlüsse) und Unterstützung bräuchten, um wieder in einer Wohnung zu leben.
- Es wird als widersprüchlich und verwerflich kritisiert, dass man Menschen als „nicht wohnfähig“ vom Wohnen ausschließt und sich dann wundert, dass sie das Wohnen in einer Wohnung irgendwann nicht mehr gewöhnt sind.

Zwischenlösungen und öffentlicher Raum

- Verschiedene Teilnehmende meinen, dass es nicht sofort Wohnungen für alle geben wird. Darum müsse man bis dahin Zwischenlösungen finden und mit der Problemlage umgehen.
- Für wohnungslose Menschen, aber auch andere Gruppen sei die Frage: Wie kann man das Leben im Stadtraum besser gestalten?
- Es brauche kostenlose öffentliche Infrastruktur: z.B. Toiletten, Trinkwasser, Duschen, auch ÖPNV (in einigen Gemeinden wird das bereits so gemacht – würde auch das Problem des Fahrens ohne Fahrschein lösen), Schwimmbäder zum Duschen und Schwimmen zu sehr niedrigen Preisen, Zugang zu gesundem Essen und Trinken (Mangelernährung als großes Problem).
- Ein Teilnehmer fordert: Man muss den öffentlichen Raum öffentlich lassen! Es darf zum Beispiel keine feindliche Architektur, wie Parkbänke mit Armlehnen geben, auf denen niemand liegen kann.

- Zumindest als Zwischenlösung brauche es Hitzehilfe (z.B. kühle Aufenthaltsorte) und Kältehilfe.
- Ein Teilnehmer fordert, dass man bestehende Strukturen stärker hinterfragen sollte, anstatt immer neue Behelfslösungen zu erfinden (Bsp. „Ulmer Nester“).

€ Lebensunterhalt

- Ein Teilnehmer fordert, dass es einen automatischen Inflationsausgleich für das Bürgergeld geben sollte und dass es immer angehoben werden sollte, wenn Diäten von Abgeordneten in Parlamenten steigen.
- Eine Teilnehmerin überlegt, ob es gut wäre, Freiwilligenarbeit neben Sozialleistungen Anrechnungsfrei zu ermöglichen. Einige sagen, das sei schon der Fall. Die Teilnehmerin erklärt, in Amsterdam bekämen wohnungslose Menschen Bier, wenn sie im Park Müll aufräumen würden. Es wird diskutiert, ob das eher als Ausbeutung für schlecht bezahlte Arbeit oder als Verbesserung für Menschen, die sowieso Alkohol kaufen zu verstehen sei.



Diskriminierung durch Behörden

- Ein Teilnehmer hinterfragt, ob es gut sei, dass „OFW“ im Perso wohnungsloser Menschen steht. Er vermutet, dass man auch dadurch häufig, z.B. von der Polizei, diskriminiert wird.
- Mehrere Teilnehmende fordern, dass wohnungslose und armutsbetroffene Menschen nicht mehr von Behörden diskriminiert werden - s. auch oben, Forderung nach Schutz vor Gewalt.



Aufklärung und Bildung

- Eine Person fordert mehr Bildung und Aufklärung zum Thema Wohnungslosigkeit. Erstens könnte das den Umgang mit von Wohnungslosigkeit betroffenen im Alltag verändern. Zweitens könnten so politische Allianzen entstehen, um Wohnungslosigkeit zu überwinden.

Weitere Fragen

- *Wie und an wen können Forderungen kommuniziert werden? Was kann man tun, auch über das Diskutieren in wissenschaftlichen Arbeiten hinaus?*
- *Wie kann man sich über Wohnungslosigkeit austauschen, sich organisieren? Workshops, ...?*
- *Müsste nur noch partizipativ zum Thema geforscht werden, oder Mischung aus partizipativer und ‚klassischer‘ Forschung?*
- *Wie Forschungsgruppen zusammenstellen? Alle Geschlechter, Alter, Herkünfte... Umgang mit Sprachbarrieren?*
- *Auch mehr auf Vertretungen z.B. Geflüchteter, EU-Bürger*innen zugehen für Vernetzung, Netzwerktreffen?*